

Schriften zum Strafrechtsvergleich

Band 21

**Transnationale Sanktionierung
von Unternehmen in Bestechungsfällen**

**Ein Vergleich des deutschen und des englischen Rechts
unter besonderer Berücksichtigung
von Konzernsachverhalten**

Von

Daniel Loy



Duncker & Humblot · Berlin

DANIEL LOY

Transnationale Sanktionierung von Unternehmen
in Bestechungsfällen

Schriften zum Strafrechtsvergleich

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Würzburg und

Prof. Dr. Brian Valerius, Passau

Band 21

Transnationale Sanktionierung von Unternehmen in Bestechungsfällen

Ein Vergleich des deutschen und des englischen Rechts
unter besonderer Berücksichtigung
von Konzernsachverhalten

Von

Daniel Loy



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg hat diese Arbeit
im Jahre 2023 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2024 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: L101 Meidengestaltung, Fürstenwalde
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany
ISSN 2364-8155
ISBN 978-3-428-19087-4 (Print)
ISBN 978-3-428-59087-2 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Für Isabella

Vorwort

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg hat die vorliegende Arbeit im Sommersemester 2023 als Dissertation angenommen. Für die Veröffentlichung konnten Literatur und Rechtsprechung hinsichtlich des deutschen Teils der Untersuchung bis Mitte des Jahres 2023 und hinsichtlich des auslandsrechtlichen Teils bis zum Jahr 2022 berücksichtigt werden.

Die Idee zur Bearbeitung des gewählten Themas sowie weite Teile der Ausarbeitung entstanden während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Freiburg am Institut für Strafrecht und Strafprozessrecht, Abteilung 3: Deutsches und Ausländisches Strafrecht und Strafprozessrecht, unter der Leitung von Herrn Professor Dr. Dr. h.c. *Walter Perron*. Ohne mannigfaltige Unterstützung wäre die Entstehung dieser Arbeit dabei nicht möglich gewesen.

An erster Stelle bin ich meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. *Walter Perron*, zu großem Dank verpflichtet. Bereits während meines Studiums hatte er mein Verständnis des deutschen Strafrechts maßgeblich geprägt und bei mir zudem Interesse für ausländisches Strafrecht sowie für die Rechtsvergleichung geweckt. Während der Entstehung dieser Arbeit stand er mir stets hilfsbereit zur Seite und gewährte mir zugleich äußerst wertvolle wissenschaftliche Freiräume. Ganz besonderer Dank gilt ihm aber für wohlwollende Unterstützung, Verständnis und Geduld während der durch meine Erkrankung erschwerten und verzögerten Fertigstellung des Dissertationsvorhabens.

Ferner danke ich Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. *Michael Pawlik*, LL.M. (Cantab.), für die sehr zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Darüber hinaus schulde ich einer Vielzahl von Personen herzlichen Dank für Unterstützung, Rat, Diskussionen und Anregungen, wobei ich besonders hervorheben möchte: Herrn Rechtsanwalt Professor Dr. *Markus Rübenthal*, Mag. iur., sowie die Herren Dr. *Martin Brandenstein*, Dr. *Christian Corell* und Dr. *Heinz Linke*.

Für großzügige finanzielle Unterstützung bei der Veröffentlichung danke ich dem Verein Freunde der Rechtswissenschaftlichen Fakultät Freiburg e.V. sowie der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Freiburg im Breisgau.

Schließlich gilt mein besonderer Dank meiner Mutter und meiner Frau, ohne deren rückhaltlose Unterstützung und Zuspruch dieses Buch nicht entstanden wäre.

Freiburg im Breisgau, im Dezember 2023

Daniel Loy

Inhaltsübersicht

§ 1	Einleitung	55
§ 2	Überlegungen zum Gegenstand der Untersuchung	58
§ 3	Methodik und Vorgehensweise	73

Teil 1

Englisches Recht 99

§ 4	Allgemeine Grundlagen	99
§ 5	Grundlagen der Strafbarkeit von Unternehmen	136
§ 6	Geltungsbereichsrecht	161
§ 7	Grundlagen der Strafbarkeit von Bestechung und Bestechlichkeit	179
§ 8	Voraussetzungen und transnationaler Geltungsbereich der Vorschriften über die Sanktionierung von Unternehmen in Korruptionsfällen	211
§ 9	Fallbeispiele	357

Teil 2

Deutsches Recht 390

§ 10	Grundlagen	390
§ 11	Transnationaler Geltungsbereich der straf- und ordnungswidrigkeiten- rechtlichen Vorschriften über die Sanktionierung von Unternehmen in Fällen von Bestechungskriminalität	502
§ 12	Fallbeispiele	628

Teil 3

Zusammenfassung, Gegenüberstellung, Einordnung 665

§ 13	Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Ergebnisse	665
§ 14	Individualrechtliche Perspektive rechtsunterworfenen Unternehmen	695
§ 15	Schlussbemerkungen	745

Ausländische Gesetzestexte	748
Bribery Act 2010	748
Interpretation Act 1978 [<i>Auszug</i>]	757
Proceeds of Crime Act 2002 [<i>Auszug</i>]	758
Literaturverzeichnis	770
Verzeichnis der Onlineressourcen	818
Stichwortverzeichnis	821

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Einleitung	55
§ 2	Überlegungen zum Gegenstand der Untersuchung	58
	A. Relevanz der Thematik	59
	I. Strafbarkeit bzw. Sanktionierung von Unternehmen	59
	II. Geltungsbereichsrecht	62
	1. Zunahme grenzüberschreitender Kriminalität	63
	a) Globalisierung und transnationale Unternehmen	64
	b) Europäische (Wirtschafts-)Integration	65
	c) Insbesondere: Europarechtliche Einflüsse im Gesellschaftsrecht	67
	2. Trend zur Ausdehnung des Geltungsbereichs nationalen Strafrechts	68
	a) Allgemeine Entwicklung in Deutschland	68
	b) Insbesondere: Geltungsbereichsexpansion des deutschen Korruptionsstrafrechts	69
	III. Zwischenfazit	71
	B. Materielles Geltungsbereichsrecht als primärer Forschungsgegenstand	71
§ 3	Methodik und Vorgehensweise	73
	A. Zur Methode der Rechtsvergleichung	74
	I. Der klassische Ansatz: Funktionale Rechtsvergleichung	75
	II. Kritik und Alternativen	76
	1. „Postmoderne“ Ansätze	76
	2. Auf dem Funktionalismus aufbauende Kritik	76
	a) Allgemeine Methoden- und Theorielosigkeit	77
	b) Funktion von Rechtsnormen	77
	c) Fixierung auf Ähnlichkeit	77
	d) Rechtspositivistische Ausrichtung	78
	III. Eigener Ansatz	78
	1. Grundlagen	78
	a) Zur Struktur des Vergleichs	78
	b) Voraussetzungen sinnvoller Vergleichung	79
	2. Möglichkeiten und Grenzen rechtsvergleichender Methodologie	80
	3. Die Arbeitsmethode der vorliegenden Untersuchung	80
	a) Funktionaler Ansatz	80
	b) Abstraktion von Strukturen und Begriffen der betrachteten Rechtsordnungen	82

c)	Realistische Innenperspektive des ausländischen Rechts	82
d)	Sprachliche Aspekte	84
B.	Definition von Vergleichs- und Forschungsgegenständen	85
I.	Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Unternehmen	86
1.	Begriff des Strafrechts	86
2.	Unternehmen als Normadressaten	89
a)	Begriff des Unternehmens	89
b)	Verhältnis zum Unternehmensträger	90
c)	Begriff des Verbands	91
3.	Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Unternehmen	91
II.	Korruptions- bzw. Bestechungsstrafrecht	92
III.	Geltungsbereichsrecht	95
IV.	Zusammenfassung	96
C.	Gang der Untersuchung	97

Teil I

Englisches Recht 99

§ 4	Allgemeine Grundlagen	99
A.	Charakteristische Merkmale des Common Law	100
B.	Staatsorganisatorische Grundzüge und Präzisierung des auslandsrechtlichen Untersuchungsgegenstands in territorial-räumlicher Hinsicht	101
I.	Strafrechtliche Legislativgewalt	102
II.	Strafrechtspflege	104
III.	Zusammenfassung und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	105
C.	Rechtsbeziehungen des Vereinigten Königreichs zur EU post Brexit	105
D.	Rechtsquellen, Rechtsdenken und Methodik	107
I.	Überblick: Fallrecht und Gesetzesrecht als Strafrechtsquellen in England	108
II.	Fallrecht	109
1.	Methodische Grundlagen	109
2.	Bindung an Präzedenzfälle	110
a)	Principle of Stare Decisis	110
aa)	Entscheidung über eine Rechtsfrage	110
bb)	Tragende Entscheidungsgründe	111
cc)	Gerichtshierarchie	112
dd)	Distinguishing	113
b)	Überzeugende Präjudizien	113
3.	Rolle der Judikative bei der Rechtsfortbildung	114
III.	Gesetzesrecht	114

1. Grundlagen	114
2. Rang, Rolle und Stil des Gesetzesrechts	115
3. Gesetzesauslegung in England und Wales	116
a) Allgemeine Auslegungsregeln	116
aa) Die drei „klassischen“ Regeln	116
(1) Literal Rule	117
(2) Golden Rule	117
(3) Mischief Rule	118
bb) Neuere Entwicklungen	118
b) Auslegungshilfen	119
aa) Explanatory notes	120
bb) Gesetzgebungsmaterialien	120
cc) Dokumente aus dem Stadium der Gesetzesvorbereitung	121
c) Vermutungsregeln	121
d) Sonderfälle: Rechtsanwendung unter den Einflüssen europäischen Rechts	123
aa) Konventionskonforme Auslegung gem. sec. 3 Human Rights Act 1998	123
bb) Unionsrechtskonforme Auslegung	124
E. Voraussetzungen strafrechtlicher Verantwortlichkeit	125
I. Grundbegriffe der Straftatlehre	125
1. Actus Reus	126
2. Mens Rea	127
a) Grundlagen	127
b) Sonderfall: Negligence	129
3. Defences	129
a) Grundlagen	129
b) Beweislast	130
II. Besondere Formen strafrechtlicher Verantwortlichkeit	131
1. Strict Liability	131
a) Begriff und Entwicklung	131
b) Vorliegen eines Strict-Liability-Tatbestands	132
c) Regulatory Offences	133
2. Vicarious Liability	134
a) Begriff und Entwicklung	134
b) Anerkannte Fallgruppen	135
§ 5 Grundlagen der Strafbarkeit von Unternehmen	136
A. Einführung in das Unternehmens- und Gesellschaftsrecht	137
I. Company Law	138
1. Errichtung und Rechtsnatur der Company	138

2.	Verfassung und satzungsmäßige Führungspersonen der Company	139
3.	Die wichtigsten Formen der Company und ihre Unterscheidungsmerkmale	140
II.	Partnership Law	141
1.	Partnership	141
2.	Sonderfall: Limited Liability Partnership	142
B.	Allgemeine Zurechnungsmodelle und Prinzipien des Common Law	142
I.	Frühe Begründungsansätze	143
1.	Entwicklung der Rechtsprechung ab Mitte des 19. Jh.	143
2.	Stand der Rechtsentwicklung zu Beginn des 20. Jh.	146
II.	Der Identifikationsansatz	147
1.	Entwicklung der Rechtsprechung ab der Mitte des 20. Jh. .	147
2.	Zurechnungsvoraussetzungen	149
a)	Übersicht	149
b)	Primary Rules of Attribution (Tesco Supermarkets Ltd. v Natrass)	150
c)	Special Rules of Attribution (Meridian Global Funds Management Asia Ltd. v Securities Commission)	151
d)	Ausblick	152
3.	Verbleibende Grenzen strafrechtlicher Unternehmensverantwortlichkeit auf Grundlage des Identifikationsansatzes	153
C.	Unternehmensstrafbarkeit nach Statutory Law	154
D.	Rechtsfolgeseite	157
I.	Grundlagen	157
II.	Überblick: Die wesentlichen Sanktionen	158
III.	Vorgaben der Sentencing Guidelines für Bestechungsfälle	159
E.	Zusammenfassung	160
§ 6	Geltungsbereichsrecht	161
A.	Grundlagen	162
I.	Terminologische und systematische Aspekte	162
II.	Historische Entwicklung	163
III.	Systematisierung der Quellen des Geltungsbereichsrechts	165
B.	Exkurs: Der Zuständigkeitsbereich englischer Strafgerichtsbarkeit ..	166
C.	Der materiellrechtliche Anwendungsbereich englischen Strafrechts ..	167
I.	Grundlagen	167
II.	„Grundsätze“ und „Prinzipien“ des Geltungsbereichsrechts	168
III.	Territorialitätsgrundsatz als zentrale Grundregel	168
1.	Inlandsbegriff	169
a)	Grundsatz und Erweiterungen	169
b)	Interlokales Strafrecht	169
2.	Maßgeblicher Tatort	170

a)	Allgemeine Regeln des Common Law	171
aa)	Terminatory Approach	171
bb)	Inclusive Approach	171
b)	Sonderregeln des Statutory Law für bestimmte Eigentums- und Vermögensdelikte	172
IV.	Ausnahmen vom Territorialitätsgrundsatz	173
D.	Rahmenvorgaben für die Ausgestaltung des Geltungsbereichsrechts	176
I.	Presumptions	176
II.	Keine Rahmenvorgaben im Übrigen	177
E.	Zusammenfassung	178
§ 7	Grundlagen der Strafbarkeit von Bestechung und Bestechlichkeit	179
A.	Historische Entwicklung des modernen Korruptionsstrafrechts	179
I.	Vorgeschichte: Der Fall „BAE Systems plc/Al-Yamamah“	180
II.	Rechtsslage bis zum Inkrafttreten des Bribery Act 2010	181
1.	Common Law	182
2.	Statutory Law	182
a)	Public Bodies Corrupt Practices Act 1889	182
b)	Prevention of Corruption Act 1906	183
c)	Prevention of Corruption Act 1916	183
d)	Anti-terrorism, Crime and Security Act 2001	184
3.	Zwischenfazit	185
a)	Allgemeines	185
b)	Insbesondere: Geltungsbereich und Unternehmensstrafbarkeit	185
III.	Vor- und Gesetzgebungsgeschichte des Bribery Act 2010	186
1.	Law Commission Report 1998 und anschließende Entwicklungen	187
2.	Corruption Bill 2006	188
3.	Law Commission Report 2008	189
4.	Government White Paper 2009	191
5.	Joint Committee Report 2009 und Reaktion der Regierung	191
6.	Gesetzgebungsverfahren	192
B.	Grundzüge des Bribery Act 2010	193
I.	Überblick: Der Bribery Act 2010	193
II.	Die allgemeinen Tatbestände aktiver und passiver Bestechung	195
1.	Bestechungsstrafbarkeit auf Geberseite gem. sec. 1 BA 2010	195
2.	Bestechungsstrafbarkeit auf Nehmerseite gem. sec. 2 BA 2010	196
3.	Gemeinsame Merkmale der allgemeinen Bestechungstatbestände	197
a)	Bestechungsrelevante Aufgabe oder Tätigkeit, sec. 3 BA 2010	197
b)	Pflichtwidrigkeit, sec. 4 BA 2010	198

c)	Expectation test, sec. 5 BA 2010	198
III.	Der Tatbestand aktiver Bestechung ausländischer Amtsträger gem. sec. 6 BA 2010	199
1.	Allgemeines	199
2.	Tatbestandsmerkmale	200
IV.	Exkurs: Verantwortlichkeit von Leitungspersonen gem. sec. 14 BA 2010	201
1.	Systematische Einordnung und Erläuterung	201
2.	Tatbestandsvoraussetzungen	202
3.	Spezielle Geltungsbereichsvorschriften	203
C.	Geltungsbereich der primär individualstrafrechtlichen Tatbestände des BA 2010	203
I.	Allgemeine Geltungsbereichsnormen	204
1.	Reichweite in Fällen unvollständiger Inlandstaten, sec. 12 (1) BA 2010	204
a)	Grundlagen	204
b)	Einzelheiten	205
2.	Anwendung auf reine Auslandstaten, sec. 12 (2)–(4) BA 2010	206
II.	Tatbestandsmerkmale mit Geltungsbereichsrelevanz	207
1.	Bestechungsrelevante Aufgabe oder Tätigkeit (sec. 3 BA 2010)	207
2.	Pflichtenprogramm und Pflichtwidrigkeit (expectation test, sec. 5 BA 2010)	208
3.	Rolle ausländischen sowie sonst fremden Rechts im Rahmen von sec. 6 BA 2010	210
III.	Zusammenfassung	210
§ 8	Voraussetzungen und transnationaler Geltungsbereich der Vorschriften über die Sanktionierung von Unternehmen in Korruptionsfällen	211
A.	Übersicht: Konkurrierende Begründungsmodelle	212
B.	Strafbarkeit von Unternehmen gem. ss. 1, 2 und 6 BA 2010	213
I.	Strafbarkeitsvoraussetzungen	213
II.	Relevanz neben dem Tatbestand gem. sec. 7 BA 2010	214
III.	Transnationaler Geltungsbereich	215
1.	Grundlagen	215
2.	Auslegung von sec. 12 (4) BA 2010 bei Unternehmensstraf- taten	216
3.	Tatbestandsmerkmale mit Geltungsbereichsrelevanz	218
IV.	Zusammenfassung	219
C.	Der Unternehmensstrafatbestand gem. sec. 7 BA 2010	220
I.	Konstitutive Straftatelemente	221
1.	Tatsubjekt	221

a)	Anforderungen an die rechtliche Verfasstheit des Unternehmensträgers	221
b)	Anforderungen an die Art der Betätigung	223
aa)	Vorgaben durch Gesetz und amtliche Erläuterung	223
bb)	Guidance (sec. 9 BA 2010)	224
cc)	Weitere Auslegungshilfen	224
dd)	Orientierung an Präjudizien aus anderen Rechtsgebieten	226
(1)	Mietrecht	226
(2)	Steuerrecht und Planungsrecht	226
(3)	Kapital- und Personengesellschaftsrecht	227
c)	Zwischenfazit	227
2.	Begehung einer tauglichen Anknüpfungstat durch eine assoziierte Person	228
a)	Taugliche Anknüpfungstaten, sec. 7 (3) BA 2010	228
b)	Täter der Anknüpfungstat: Mit dem Unternehmen assoziierte Person, sec. 8 BA 2010	229
aa)	Materiellrechtliche Vorgaben	229
bb)	Spezielle Beweisregeln	230
c)	Besonderes Willenselement der assoziierten Person	231
3.	Kein Verschuldenselement auf Seiten des beschuldigten Wirtschaftsteilnehmers	233
II.	Verteidigungseinrede (defence) gem. sec. 7 (2) BA 2010	233
1.	Allgemeines	233
2.	Angemessene Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung	234
3.	Beweislast	235
III.	Einordnung	236
IV.	Zusammenfassung	238
D.	Transnationaler Geltungsbereich von sec. 7 BA 2010	239
I.	Allgemeine gesetzliche Geltungsbereichsnormen und sonstige allgemeine Vorgaben	239
II.	Tatbestandsmerkmale mit Geltungsbereichsrelevanz	241
1.	Anknüpfungstaten gem. ss. 1 und 6 BA 2010	241
a)	Allgemeine Geltungsbereichsvorschriften	242
b)	Sonst geltungsbereichsrelevante Merkmale der Anknüpfungstaten	243
2.	Weitere Tatbestandsmerkmale	244
3.	Due Diligence-Verteidigungseinrede gem. sec. 7 (2) BA 2010	244
a)	Adequate Procedures i. S. v. sec. 7 (2) BA 2010	245
b)	Erfüllbarkeit der Verpflichtungen nach deutschem Recht	248
c)	Zwischenfazit	250
III.	Insbesondere: Geltungsbereichsrelevanz der Tatsubjektsqualität	251
1.	Übersicht: Gesetzssystematik	251

2. Fallgruppen (a) und (c): nach britischem Recht verfasste	
Tatsubjekte	251
a) Anforderungen an die Art der Betätigung	251
b) Anforderungen an die rechtliche Verfasstheit des Unter-	
nehmensträgers	252
aa) Nationales Gesellschaftskollisionsrecht	253
(1) Vorbemerkung: Übersicht möglicher Anknüp-	
fungspunkte	253
(2) Identifizierung problematischer Konstellationen	254
(3) Zuordnung von Gesellschaften in deutsch-engli-	
schen Sachverhaltskonstellationen mit Anknüp-	
fungsmomenten in beiden Rechtsordnungen ..	254
bb) Konfligierende Bewertungen bei Unternehmen mit	
Verwaltungssitz in Deutschland?	256
(1) Bewertung nach deutschem Gesellschaftskolli-	
sionsrecht	256
(2) Überlagerung durch Unionsrecht	257
(3) Deutsches Gesellschaftskollisionsrecht post	
Brexit	259
(4) Konsequenzen für die Reichweite von sec. 7	
BA 2010	261
c) Zwischenfazit	263
3. Fallgruppen (b) und (d): nach ausländischem Recht verfasste	
Tatsubjekte	264
a) Anforderungen an die rechtliche Verfasstheit der ausländ-	
ischen Wirtschaftsteilnehmer	264
aa) Körperschaft ausländischen Rechts	264
(1) Wesensmerkmale des Begriffs der Körperschaft	
(Body Corporate)	265
(2) Reichweite bezüglich nach deutschem Recht	
verfasster Verbände	267
bb) Einer partnership englischen Rechts vergleichbare	
Rechtsform	268
(1) Wesensmerkmale der englischen partnership ..	268
(2) Anforderungen an den Typenvergleich	270
(3) Reichweite bezüglich nach deutschem Recht	
verfasster Gesellschaften	270
b) Betätigung mindestens teilweise auf britischem Hoheits-	
gebiet	272
aa) Vorgaben durch Gesetz und amtliche Erläuterung ..	273
bb) Guidance	273
(1) Inhaltliche Aussagen	273
(2) Einordnung	274
cc) Weitere Auslegungshilfen	277

(1) Law Commission Report 2008	277
(2) Government White Paper 2009 und Joint Committee Report 2009	278
(3) Zwischenfazit	280
dd) Parlamentarische Beratungen	280
ee) Orientierung an vergleichbaren Vorschriften	281
(1) Finanzmarktaufsichtsrecht	281
(2) Arbeitsrecht	282
(3) Steuerrecht	282
(4) Allgemeines Zivilrecht	282
ff) Einschätzungen in der Literatur	283
gg) Stellungnahme	284
c) Insbesondere: Tochterunternehmen mit Sitz im Vereinigten Königreich	285
aa) Literaturauffassungen	286
bb) Rechtsprechung	287
cc) Stellungnahme	288
d) Zwischenfazit	290
IV. Zusammenfassung	291
E. Voraussetzungen und transnationaler Geltungsbereich weiterer Sanktionsinstrumente in Fällen von Bestechungskriminalität	293
I. Confiscation	293
1. Voraussetzungen	294
a) Überblick	294
b) Criminal Lifestyle	296
c) Ermittlung des Wertes der abzuschöpfenden Taterträge (benefit)	296
aa) Kreis der Anknüpfungstaten	296
bb) Insbesondere: Begriff des „General Criminal Conduct“	297
cc) Grundlagen der Bemessung des Tatertrages bei Anknüpfung an sec. 7 BA 2010	297
dd) Bemessung des Tatertrages nach Brutto- oder Netto- prinzip?	299
d) Weitere Voraussetzungen und Verhältnis zu anderen Rechtsfolgen	301
2. Einordnung als i. w. S. strafrechtlich	301
3. Transnationaler Geltungsbereich	305
a) Adressatenstellung	305
b) Criminal Lifestyle	305
c) Anknüpfungstaten	306
aa) Particular Criminal Conduct	306
bb) General Criminal Conduct	307

d) Wert der Taterträge (benefit)	308
4. Zusammenfassung	308
II. Civil Recovery	309
1. Voraussetzungen	310
a) Überblick	310
b) Unlawful Conduct	311
c) Recoverable Property	311
aa) Grundlagen	311
bb) Bemessung des Umfangs nach Brutto- oder Netto- prinzip?	313
2. Sonderfall: Unexplained Wealth Order	313
a) Voraussetzungen	314
aa) Beteiligung an einer schweren Straftat	315
bb) Connected Person	316
b) Rechtsfolgen	316
3. Einordnung als i. w. S. strafrechtlich?	316
4. Einbeziehung des Instruments in den Forschungsgegenstand	319
5. Transnationaler Geltungsbereich	321
a) Unlawful Conduct	321
b) Adressatenstellung	321
c) Einziehungsgegenstand	322
d) Sonderfall: Unexplained Wealth Orders	324
6. Zusammenfassung	325
III. Forfeiture of Cash in Summary Proceedings	326
1. Voraussetzungen	326
a) Verfahren	326
b) Einziehungsgegenstand	326
2. Einbeziehung des Instruments in den Forschungsgegenstand	327
3. Transnationaler Geltungsbereich	327
IV. Forfeiture of Money Held in Bank and Building Society Ac- counts	328
V. Sonstige Instrumente	328
F. Transnationale Sanktionierung von Unternehmen in Konzernkonstel- lationen	329
I. Gesellschaftsrechtliche und terminologische Vorfragen	330
1. Konzernbegriff	330
2. Rechtliche Rahmenvorgaben für Corporate Groups	332
II. Rechtliche Grundlagen der Sanktionierung von Konzerngesell- schaften	333
1. Formulierung und Eingrenzung der Fragestellung	333
2. Rechtliche Vorgaben für den sog. „Sanktionsdurchgriff“	334
a) Keine besonderen Regelungen im Statutory Law	334
b) Vorgaben des Common Law	335

aa)	Strafrecht	335
bb)	Gesellschaftsrecht	336
cc)	Doctrine of Piercing the Corporate Veil	337
III.	Sanktionsdurchgriff und transnationale Reichweite auf Grundlage der primär individualstrafrechtlichen Tatbestände	338
1.	Voraussetzungen eines Sanktionsdurchgriffs im Unternehmensverbund	338
2.	Transnationale Reichweite in Fällen eines Sanktionsdurchgriffs	340
IV.	Sanktionsdurchgriff und transnationale Reichweite auf Grundlage von sec. 7 BA 2010	340
1.	Voraussetzungen eines Sanktionsdurchgriffs im Unternehmensverbund	340
a)	Allgemeine Anforderungen	341
b)	Insbesondere: Assoziierte Tochterunternehmen	342
2.	Transnationale Reichweite in Fällen eines Sanktionsdurchgriffs	344
V.	Sanktionsdurchgriff und transnationale Reichweite auf Grundlage der verschiedenen Instrumente zur Vermögensabschöpfung	346
1.	Confiscation	346
a)	Grundsätzlich keine konzerndimensionale Reichweite	346
b)	Criminal Lifestyle der Konzernobergesellschaft	347
c)	Doctrine of Piercing the Corporate Veil	347
aa)	Bedeutung der Rechtsfigur für den Sanktionsdurchgriff im Konzern	347
bb)	Anwendungsbereich	348
cc)	Zwischenfazit	352
2.	Civil Recovery	353
a)	Konzerndimensionale Reichweite	353
b)	Doctrine of Piercing the Corporate Veil	354
3.	Forfeiture	354
4.	Transnationale Reichweite	354
VI.	Zusammenfassung	355
§ 9	Fallbeispiele	357
A.	Unternehmen mit Satzungssitz im Inland, Bestechungstat im Ausland	357
I.	Ausgangsfall	357
1.	Strafbarkeit der Alpha p.l.c. gem. sec. 7 BA 2010	358
2.	Strafbarkeit der Alpha p.l.c. gem. ss. 1 und 6 BA 2010	359
3.	Vermögensabschöpfungsinstrumente	360
II.	Abwandlung betreffend den effektiven Sitz der Unternehmens- trägerin	361
1.	Gesellschaftsrechtliche Vorbemerkungen	361
2.	Verantwortlichkeit der Alpha p.l.c.	361

III.	Abwandlungen betreffend den Täter der Anknüpfungstat	362
1.	Stellung des Täters der Anknüpfungstat im Unternehmen . . .	362
2.	Wohnsitz und erste Tätigkeitsstätte des Täters der Anknüpfungstat	362
3.	Staatsangehörigkeit und Stellung des Täters der Anknüpfungstat im Unternehmen	363
IV.	Abwandlung betreffend den Erfolg der Bestechungstat	364
V.	Abwandlungen betreffend Corporate Governance	364
1.	Umfassende Korruptions-Compliance	364
2.	Umfassende Korruptions-Compliance und höherrangige Stellung des M	365
B.	Unternehmen mit Satzungssitz im Ausland, Bestechungstat im Inland	366
I.	Ausgangsfall	366
1.	Strafbarkeit der Beta GmbH gem. sec. 7 BA 2010	366
2.	Strafbarkeit der Beta GmbH gem. sec. 1 BA 2010	368
3.	Vermögensabschöpfungsinstrumente	368
II.	Abwandlungen betreffend den Umfang der Inlandsaktivitäten der Beta GmbH	369
1.	Keine Niederlassung auf britischem Hoheitsgebiet	369
a)	Strafbarkeit nach Tatbeständen des BA 2010	369
b)	Vermögensabschöpfungsinstrumente	370
2.	Effektiver Hauptverwaltungssitz im Inland	370
a)	Gesellschaftsrechtliche und rechtstatsächliche Vorbemerkungen	370
b)	Verantwortlichkeit der Beta GmbH	372
III.	Abwandlungen betreffend v. a. die Bezugstat	372
1.	Erfolg der Bestechungstat	372
2.	Ausländischer Begehungsort und ausländischer Geschäftspartner	372
a)	Strafbarkeit nach Tatbeständen des BA 2010	373
b)	Vermögensabschöpfungsinstrumente	373
3.	Ausländischer Begehungsort, keine Inlandspräsenz, anderweitiger Inlandsbezug	374
a)	Strafbarkeit nach Tatbeständen des BA 2010	374
b)	Vermögensabschöpfungsinstrumente	375
IV.	Abwandlungen betreffend v. a. den Täter der Bezugstat	376
1.	Stellung des Täters der Anknüpfungstat im Unternehmen . . .	376
a)	Strafbarkeit nach Tatbeständen des BA 2010	376
b)	Vermögensabschöpfungsinstrumente	377
2.	Zusätzlich: Staatsangehörigkeit des Täters der Anknüpfungstat	377
3.	Zusätzlich: Ausländischer Begehungsort der Bestechungstat .	377
a)	Strafbarkeit nach Tatbeständen des BA 2010	377

b) Vermögensabschöpfungsinstrumente	378
4. Zusätzlich: Keine Inlandspräsenz der Beta GmbH	378
a) Strafbarkeit nach Tatbeständen des BA 2010	378
b) Vermögensabschöpfungsinstrumente	378
C. Unternehmensverantwortlichkeit in Konzernstrukturen	379
I. Ausgangsfall	379
1. Strafbarkeit der Gamma International AG gem. sec. 7 BA 2010	379
2. Strafbarkeit der Gamma International AG gem. sec. 1 BA 2010	381
3. Vermögensabschöpfungsinstrumente	381
II. Abwandlung betreffend den Begehungsort der Anknüpfungstat	382
1. Strafbarkeit nach Tatbeständen des BA 2010	382
2. Vermögensabschöpfungsinstrumente	382
III. Abwandlungen betreffend den Täter der Anknüpfungstat	383
1. Täter ist Arbeitnehmer der Muttergesellschaft	383
2. Täter ist Arbeitnehmer der englischen Tochtergesellschaft	383
3. Täter ist Arbeitnehmer einer ausländischen Tochtergesellschaft	384
IV. Abwandlungen betreffend das korruptiv erlangte Geschäft	384
1. Vertragsschluss mit inländischer Tochtergesellschaft	384
a) Strafbarkeit nach Tatbeständen des BA 2010	384
b) Vermögensabschöpfungsinstrumente	386
2. Vertragsschluss mit ausländischer Tochtergesellschaft im Ausland	387
a) Strafbarkeit nach Tatbeständen des BA 2010	387
b) Vermögensabschöpfungsinstrumente	387
V. Abwandlung betreffend die Konzernstruktur	388
1. Strafbarkeit nach Tatbeständen des BA 2010	388
2. Vermögensabschöpfungsinstrumente	389

Teil 2

Deutsches Recht

§ 10 Grundlagen	390
A. Sanktionierung von Unternehmen in Bestechungsfällen	391
I. Verbandsgeldbuße gem. § 30 OWiG	393
1. Praktische Relevanz	393
2. Qualifizierung als i. w. S. strafrechtlich	394
3. Allgemeine Voraussetzungen von § 30 Abs. 1 OWiG	394
a) Sanktionsfähige Verbände	395
b) Anknüpfungstat	395

aa)	Täterkreis der Anknüpfungstat	395
bb)	Anknüpfungstat	396
c)	Zurechnungszusammenhang	398
aa)	Repräsentantenhandlung	398
bb)	Verletzung verbandsbezogener Pflichten, § 30 Abs. 1 Alt. 1 OWiG	399
cc)	Tatsächliche oder angestrebte Bereicherung	400
4.	Unternehmensverantwortlichkeit gem. § 30 Abs. 1 OWiG in Fällen von Bestechungskriminalität	400
a)	§§ 299 ff., 331 ff. StGB als Anknüpfungstaten	401
aa)	Bereicherungsalternative, § 30 Abs. 1 Alt. 2 OWiG	401
bb)	Pflichtverletzungsalternative, § 30 Abs. 1 Alt. 1 OWiG	402
b)	§ 130 OWiG (i. V. m. § 9 OWiG) als Anknüpfungsord- nungswidrigkeit	403
aa)	Praktische Relevanz und Funktion des Tatbestands .	403
bb)	Normadressaten des § 130 Abs. 1 OWiG	404
cc)	Tathandlung: Unterlassen der „gehörigen Aufsicht“	407
dd)	Zuwiderhandlung und Subsidiarität	408
ee)	Insbesondere: Anforderungen an Betriebsbezogen- heit der Zuwiderhandlung	409
ff)	Erste Schlussfolgerungen: Anwendbarkeit von § 130 OWiG in Bestechungsfällen	411
5.	Rechtsfolgen	413
a)	Unterscheidung von Ahndungs- und Abschöpfungsteil ..	414
b)	Berechnung des wirtschaftlichen Vorteils nach dem Net- toprinzip	414
c)	Insbesondere: Zur Bemessung des Abschöpfungsteils der Geldbuße bei Anknüpfung an Aufsichtspflichtverletzun- gen i. S. v. § 130 OWiG	415
6.	Prozessuale Aspekte	417
7.	Zusammenfassung	418
II.	Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB	419
1.	Grundlagen; praktische Relevanz und Rechtspolitik	419
2.	Qualifizierung als i. w. S. strafrechtlich?	421
3.	Allgemeine Voraussetzungen der Einziehung von Taterträgen	427
a)	Anknüpfungstat	427
b)	Einziehungsgegenstand	428
aa)	„Erlangen“	428
bb)	„Durch“ oder „für“ die Tat erlangt	428
cc)	Erlangtes „Etwas“	430

(1) Erster Schritt: Ermittlung des Erlangten auf Grundlage einer rein gegenständlichen Betrachtungsweise, § 73 Abs. 1 StGB	430
(2) Zweiter Schritt: Wertende Konkretisierung des Bruttoprinzips, § 73d Abs. 1 StGB	431
dd) Wertersatz einziehung, § 73c StGB	432
c) Einziehungsadressaten	432
4. Anordnung der Einziehung gegen Unternehmen als Drittbegünstigte, § 73b StGB	432
a) Unternehmen als Drittbegünstigte i. S. v. § 73b Abs. 1 StGB	433
b) Voraussetzungen einer Drittbegünstigteneinziehung	433
aa) „Vertretungsfälle“, § 73b Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StGB ..	434
bb) „Verschiebungsfälle“, § 73b Abs. 1 S. 1 Nr. 2 StGB	435
c) Ausschlussgründe	436
aa) Erlöschen von Ersatzansprüchen, § 73e Abs. 1 StGB	436
bb) Wegfall der Bereicherung, § 73e Abs. 2 StGB	437
cc) Festsetzung einer Unternehmensgeldbuße, § 30 Abs. 5 OWiG	437
d) Rechtsfolgen der Drittbegünstigteneinziehung	438
5. Drittbegünstigteneinziehung bei unternehmensbezogener Bestechungskriminalität	438
a) Aktive Bestechungsdelikte	438
aa) Erlangtes „Etwas“	439
bb) Ermittlung des genauen Umfangs des Erlangten nach novelliertem Recht	439
cc) Zwischenfazit	441
b) Passive Bestechungsdelikte	441
6. Prozessuale Aspekte	442
7. Sonderfall: Erweiterte selbständige Einziehung, § 76a Abs. 4 StGB	443
a) Voraussetzungen	444
b) Prozessuale Sonderregeln	445
c) Unternehmensgerichteter Anwendungsbereich in Fällen von Bestechungskriminalität	446
8. Verhältnis der Drittbegünstigteneinziehung zur Verbandsgeldbuße	448
9. Zusammenfassung	451
III. Einziehung des Wertes von Taterträgen gem. § 29a OWiG	452
1. Überblick und Rechtsnatur	452
2. Voraussetzungen und Rechtsfolgen unternehmensgerichteter Einziehung	453

3.	Bedeutung der Einziehung gem. § 29a OWiG in Fällen von Bestechungskriminalität im Unternehmenskontext, Verfahrensfragen und Verhältnis zu anderen Vorschriften	455
B.	Die Geltungsbereichsnormen des deutschen Strafrechts	457
I.	Systematische und terminologische Grundlagen	458
1.	Zum Regelungsgegenstand des deutschen Geltungsbereichsrechts	458
2.	Begriff des „Strafanwendungsrechts“	460
II.	Dogmatische und normtheoretische Einordnung des Strafanwendungsrechts	461
1.	Zuordnung zum materiellen Recht	461
2.	Zuordnung zum Unrechtstatbestand	465
3.	Regelung des Geltungsbereichs von Verhaltens- und Sanktionsnormen	469
4.	Schlussfolgerungen und Zusammenfassung	471
III.	Wesentliche Regelungsgehalte des Strafanwendungsrechts	473
1.	Überblick und Systematisierung der Geltungsanordnungen	473
2.	Der Tatbegriff in §§ 3 ff. StGB	474
a)	Grundlagen	475
b)	Insbesondere: Tatbegriff und Beteiligungskonstellationen	476
3.	Rechtsfolge: „Geltung“ deutschen Strafrechts	477
a)	Rechtsetzungsgewalt: Inhalt und Umfang der Rechtsfolgenanordnung	478
b)	Rechtsprechungsgewalt	481
IV.	Weitere Quellen des materiellen Geltungsbereichsrechts	482
1.	Transnationale Reichweite und „Schutzbereich“ der deutschen Strafnormen	482
2.	Systematisierung des außerhalb des Strafanwendungsrechts geregelten materiellen Geltungsbereichsrechts	485
a)	Die (hier sog.) geltungsbereichsrelevanten Tatbestandsmerkmale	486
b)	Ermittlung des transnationalen Geltungsbereichs im Wege der Auslegung von Straftatbeständen im Übrigen	488
V.	Zusammenfassung	489
C.	Die Geltungsbereichsnormen des deutschen Ordnungswidrigkeitenrechts	490
I.	Ordnungswidrigkeitenrechtliche Vorfragen	490
1.	Abgrenzung von Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	490
2.	Rechtsquellen des materiellen Ordnungswidrigkeitenrechts	491
3.	Zum Verhältnis von materiellem Ordnungswidrigkeitenrecht und Strafrecht	492
II.	Die gesetzlichen Geltungsbereichsvorschriften des Ordnungswidrigkeitenrechts	493
1.	Terminologie	493

2.	Dogmatische Einordnung der Vorschriften des Sanktionsanwendungsrechts	494
3.	Inhaltliche Eckpunkte des Sanktionsanwendungsrechts in §§ 5 und 7 OWiG	498
a)	Tatbestandsseite	498
b)	Rechtsfolgenreihe	500
III.	Weitere Quellen des materiellen Geltungsbereichsrechts	501
IV.	Zusammenfassung	501
§ 11	Transnationaler Geltungsbereich der straf- und ordnungswidrigkeitsrechtlichen Vorschriften über die Sanktionierung von Unternehmen in Fällen von Bestechungskriminalität	502
A.	Transnationaler Geltungsbereich von § 30 OWiG	502
I.	Vorfrage: Dogmatische Einordnung von § 30 OWiG	503
1.	Weitgehend konsentrierte Ausgangspunkte	504
2.	Auffassungen zur Rechtsnatur von § 30 OWiG im Übrigen	504
a)	Handlungs- bzw. schuldunabhängige Modelle	504
aa)	Varianten dieser Ansätze	504
bb)	Bewertung	505
cc)	Schlussfolgerung	508
b)	Zurechnungslösungen	508
aa)	Varianten der Zurechnungslösungen	509
bb)	Bewertung	511
cc)	Schlussfolgerung	512
c)	Verantwortlichkeit aufgrund Organisationsverschuldens	513
aa)	Varianten	513
bb)	Bewertung und Schlussfolgerung	514
d)	Sanktion sui generis	515
aa)	Rechtsnatur von § 30 OWiG	515
bb)	Bewertung und Schlussfolgerung	515
3.	Zwischenfazit	516
II.	Allgemeine gesetzliche Geltungsbereichsnormen	517
1.	Anwendbarkeit der Vorschriften des Sanktionsanwendungsrechts	517
2.	Vorgaben des Sanktionsanwendungsrechts für die transnationale Reichweite	522
a)	Zurechnungslösungen	523
aa)	§§ 299 ff., 331 ff. StGB als Anknüpfungstaten	524
(1)	Handlungsorte	524
(2)	Erfolgsorte	527
bb)	§ 130 OWiG (i. V. m. § 9 OWiG) als Anknüpfungsordnungswidrigkeit	529
(1)	Handlungsorte	529
(2)	Erfolgsorte	532

b)	Kombinationsmodelle (insbesondere Organisationsverschulden)	534
aa)	Anknüpfung an konkrete Pflichtverletzungen im Einzelfall	534
bb)	Anknüpfung an rein kollektiv definierte Tätigkeitsorte	535
(1)	Keine autonom strafrechtliche Begriffsbestimmung	535
(2)	Orientierung an den Maßstäben des internationalen Gesellschaftsrechts	536
3.	Zwischenfazit	540
III.	Geltungsbereichsrelevanz der Tatbestandsmerkmale des § 30 OWiG	542
1.	Anknüpfungstat	542
a)	Voraussetzungen allgemeiner Geltungsbereichsnormen	543
b)	Weitere Vorgaben des materiellen Geltungsbereichsrechts	544
c)	Konkrete Geltungsbereichsrelevanz der Anknüpfungstaten	545
aa)	§ 299 StGB	545
(1)	Strafanwendungsrechtliche Vorgaben	545
(2)	Besondere Geltungsbereichsvorgaben	554
bb)	§§ 299a, 299b StGB	555
cc)	§§ 331 ff. StGB	556
(1)	Strafanwendungsrechtliche Vorgaben	556
(2)	Besondere Geltungsbereichsvorgaben	560
dd)	§ 130 OWiG (i. V. m. § 9 OWiG)	562
(1)	Sanktionsanwendungsrechtliche Vorgaben	562
(2)	Besondere Geltungsbereichsvorgaben	563
2.	Adressaten der Verbandsgeldbuße	569
a)	Grundsätzliche Anwendbarkeit des § 30 OWiG auf ausländische Unternehmensträger	569
b)	Anforderungen an die Verfasstheit ausländischer Unternehmensträger	572
aa)	„Juristische Personen“ und „rechtsfähige Personengesellschaften“	572
bb)	„Nicht rechtsfähiger Verein“ bzw. „Verein ohne Rechtspersönlichkeit“	577
c)	Anwendung auf die praktisch relevanten Gesellschaftsrechtsformen englischen Rechts	578
aa)	Companies	578
bb)	Limited Liability Partnerships	578
cc)	Partnerships	579
3.	Täter der Anknüpfungstat	579
4.	Zwischenfazit	580

IV.	Weitere geltungsbereichsrelevante Auslegungsgesichtspunkte . . .	582
V.	Zusammenfassung	583
B.	Transnationale Reichweite des § 30 OWiG in Konzernstrukturen . . .	585
I.	Terminologische und gesellschaftsrechtliche Grundlagen	586
1.	Begriff des „Konzerns“ i. w. S.	586
2.	Umriss des deutschen „Konzernrechts“	586
3.	Konzernrechtlicher Unternehmensbegriff	588
II.	Konzerndimensionale Reichweite der Verbandsgeldbuße	589
1.	Eingrenzung und Abgrenzung: Verantwortlichkeit nach allgemeinen Regeln	590
2.	Aufsichtspflichtverletzung i. S. v. § 130 OWiG	591
a)	Konzernobergesellschaft als Inhaberin nachgeordneter Unternehmen	592
b)	Konzern als Unternehmen i. S. v. § 130 OWiG	595
3.	Sanktionsdurchgriff im Konzern unmittelbar über § 30 OWiG	597
a)	Doppelmandate bzw. doppelfunktionales Handeln	597
aa)	Einbeziehung auch faktischer Leitungsverantwor- tung?	598
bb)	Personen mit Überwachungs- und Kontrollbefugnis- sen, § 30 Abs. 1 Nr. 5 OWiG	599
cc)	Weitere Voraussetzungen eines Sanktionsdurchgriffs	600
b)	Mittelbare Täterschaft	601
III.	Transnationale Reichweite der Verbandsgeldbuße in Konzern- strukturen	604
1.	Vorfrage: Rechtliche Rahmenvorgaben im grenzüberschrei- tenden Konzern	604
2.	Sanktionsdurchgriffe auf Grundlage von § 130 OWiG	606
a)	Nachgeordnete Konzerngesellschaften mit inländischem Gesellschaftsstatut	607
b)	Nachgeordnete Konzerngesellschaften mit ausländischem Gesellschaftsstatut	608
3.	Sanktionsdurchgriff im Konzern unmittelbar über § 30 OWiG	609
a)	Doppelmandate bzw. doppelfunktionales Handeln	609
b)	Mittelbare Täterschaft	610
IV.	Zusammenfassung	612
C.	Transnationaler Geltungsbereich der Vorschriften über die Einzie- hung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB	614
I.	Auf die Anknüpfungstat anzuwendende Geltungsbereichsnormen	614
II.	Geltungsbereichsrelevanz der einzelnen Einziehungsvorausset- zungen im Übrigen	615
1.	Einziehungsgegenstand	615
2.	Einziehungsadressat	616

III. Weitere geltungsbereichsrelevante Auslegungsgesichtspunkte . . .	617
IV. Zusammenfassung	618
D. Transnationaler Geltungsbereich der Einziehung des Wertes von Taterträgen gem. § 29a OWiG	619
I. Auf die mit Geldbuße bedrohte Handlung anzuwendenden Geltungsbereichsnormen	619
II. Weitere Geltungsbereichsvorgaben	619
E. Transnationaler Geltungsbereich der Einziehungsvorschriften in Konzernstrukturen	620
I. Konzerndimensionale Reichweite	620
1. Einordnung als „Vertretungsfälle“ oder als „Verschiebungsfälle“?	621
2. Voraussetzungen gem. § 73b Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StGB	624
3. Voraussetzungen gem. § 73b Abs. 1 S. 1 Nr. 2 lit. b StGB	624
4. Verhältnis zu Einziehungsanordnungen gegen nachgeordnete Konzerngesellschaften	626
II. Transnationale Reichweite der Einziehungsvorschriften in Kon- zernkonstellationen	626
III. Zusammenfassung	627
§ 12 Fallbeispiele	628
A. Unternehmen mit Satzungssitz im Inland, Bestechungstat im Ausland	628
I. Ausgangsfall	628
1. Allgemeine Vorbemerkungen zu Darstellung und Aufbau der Lösungen	629
2. Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG	629
a) Bebußung unter Anknüpfung an § 334 StGB	629
b) Bebußung unter Anknüpfung an § 130 OWiG	630
aa) Anknüpfungsordnungswidrigkeit: Aufsichtspflicht- verletzung gem. § 130 OWiG	630
bb) Weitere Tatbestandsmerkmale des § 30 OWiG	631
cc) Allgemeines Geltungsbereichsrecht	632
dd) Zwischenergebnis	633
3. Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB	634
a) Voraussetzungen einer Drittbegünstigteneinziehung gegen die Alpha AG	634
b) Allgemeines Geltungsbereichsrecht und Zwischenergeb- nis	634
II. Abwandlung betreffend den effektiven Sitz der Unternehmens- trägerin	635
1. Gesellschaftsrechtliche Vorbemerkungen	635
2. Verantwortlichkeit der Alpha AG nach deutschem Recht	635
a) Bebußung gem. § 30 OWiG	635
b) Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB	636

III.	Abwandlungen betreffend den Täter der Anknüpfungstat	636
1.	Stellung des Täters der Anknüpfungstat im Unternehmen	636
a)	Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG	637
aa)	Bebußung unter Anknüpfung an § 334 StGB	637
bb)	Bebußung unter Anknüpfung an § 130 OWiG	638
b)	Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB.	639
2.	Wohnsitz und erste Tätigkeitsstätte des Täters der Anknüpfungstat	639
3.	Staatsangehörigkeit und Stellung des Täters der Anknüpfungstat	639
IV.	Abwandlung betreffend den Erfolg der Bestechungstat	640
1.	Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG	640
2.	Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB	640
V.	Abwandlungen betreffend Corporate Governance	640
1.	Umfassende Korruptions-Compliance	640
2.	Umfassende Korruptions-Compliance und höherrangige Stellung des M	641
B.	Unternehmen mit Satzungssitz im Ausland, Bestechungstat im Inland	642
I.	Ausgangsfall	642
1.	Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG	642
a)	Bebußung unter Anknüpfung an § 334 StGB	642
b)	Bebußung unter Anknüpfung an § 130 OWiG	642
aa)	Anknüpfungsordnungswidrigkeit: Aufsichtspflichtverletzung gem. § 130 OWiG	642
bb)	Weitere Tatbestandsmerkmale des § 30 OWiG	643
cc)	Allgemeines Geltungsbereichsrecht	643
dd)	Zwischenergebnis	644
2.	Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB	644
II.	Abwandlungen betreffend den Umfang der Inlandsaktivitäten der Beta Ltd.	645
1.	Keine Niederlassung auf deutschem Hoheitsgebiet	645
2.	Effektiver Hauptverwaltungssitz im Inland	645
III.	Abwandlungen betreffend v. a. die Bezugstat	646
1.	Erfolg der Bestechungstat	646
a)	Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG	646
b)	Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB.	646
2.	Ausländischer Begehungsort der Bestechungstat	647
a)	Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG	647
b)	Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB.	648
3.	Ausländischer Begehungsort, keine Inlandspräsenz, anderweitiger Inlandsbezug	648
a)	Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG	648
b)	Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB.	649

IV.	Abwandlungen betreffend v.a. den Täter der Bezugstat	649
1.	Höherrangige Stellung des Täters der Anknüpfungstat im Unternehmen	649
a)	Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG	649
aa)	Bebußung unter Anknüpfung an § 334 StGB	649
bb)	Bebußung unter Anknüpfung an § 130 OWiG	650
b)	Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB.	650
2.	Zusätzlich: deutsche Staatsangehörigkeit des Täters der Anknüpfungstat	650
3.	Zusätzlich: ausländischer Begehungsort der Bestechungstat	651
a)	Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG	651
b)	Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB.	651
4.	Zusätzlich: keine Inlandspräsenz der Beta Ltd.	652
C.	Unternehmensverantwortlichkeit in Konzernstrukturen	652
I.	Ausgangsfall	652
1.	Bebußung der Gamma International p.l.c. gem. § 30 OWiG	653
a)	Anknüpfungstat: Bestechung im geschäftlichen Verkehr gem. § 299 Abs. 2 StGB	653
b)	Weitere Tatbestandsmerkmale des § 30 OWiG	653
c)	Allgemeines Geltungsbereichsrecht	654
d)	Zwischenergebnis	654
2.	Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB	654
II.	Abwandlung betreffend den Begehungsort der Anknüpfungstat	655
1.	Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG.	655
2.	Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB	656
III.	Abwandlungen betreffend den Täter der Anknüpfungstat	656
1.	Arbeitnehmer der Muttergesellschaft	656
a)	Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG	656
b)	Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB.	657
2.	Arbeitnehmer der deutschen Tochtergesellschaft	657
a)	Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG	657
aa)	Anknüpfungsordnungswidrigkeit: Aufsichtspflichtverletzung gem. § 130 OWiG	657
bb)	Weitere Tatbestandsmerkmale, Geltungsbereichsrecht und Zwischenergebnis	658
b)	Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB.	659
3.	Arbeitnehmer einer ausländischen Tochtergesellschaft.	659
IV.	Abwandlungen betreffend das korruptiv erlangte Geschäft	659
1.	Vertragsschluss mit inländischer Tochtergesellschaft	659
a)	Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG	660
aa)	Bebußung unter Anknüpfung an § 299 Abs. 2 StGB	660
bb)	Bebußung unter Anknüpfung an § 130 OWiG	660

(1) Anknüpfungszuwerdung i. S. v. § 130 OWiG	660
(2) Weitere Tatbestandsmerkmale der §§ 30, 130, 9 OWiG	660
(3) Sanktionsdurchgriff im Unternehmensverbund .	661
(4) Zwischenergebnis	661
b) Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB.	662
2. Vertragsschluss mit ausländischer Tochtergesellschaft im Ausland	662
V. Abwandlung betreffend die Konzernstruktur	663
1. Unternehmensgeldbuße gem. § 30 OWiG	663
2. Einziehung von Taterträgen gem. §§ 73 ff. StGB	664

Teil 3

Zusammenfassung, Gegenüberstellung, Einordnung	665
§ 13 Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Ergebnisse	665
A. Grundlagen der Unternehmenssanktionierung	665
I. Strafrecht bzw. Ordnungswidrigkeitenrecht	665
II. Vermögensabschöpfungsinstrumente	666
B. Sanktionierung von Unternehmen in Fällen von Bestechungskrimina- lität	668
I. Strafrecht bzw. Ordnungswidrigkeitenrecht	668
II. Vermögensabschöpfungsinstrumente	670
C. Grundlagen des Geltungsbereichsrechts	671
D. Transnationale Reichweite der Unternehmenssanktionsinstrumente ..	672
I. Englischs Strafrecht	672
1. Sec. 7 BA 2010	672
2. Identifikationsansatz i. V. m. ss. 1, 2 und 6 BA 2010	675
II. Deutsches Ordnungswidrigkeitenrecht	675
III. Vermögensabschöpfungsinstrumente des englischen Rechts	679
IV. Vermögensabschöpfungsinstrumente des deutschen Rechts	680
V. Profilierende Regelungsunterschiede	681
1. Bezugspunkte der straf- bzw. ordnungswidrigkeitenrecht- lichen Geltungsbereichsnormen	682
2. Eigene Geltungsbereichsregeln des Vermögensabschöpfungsin- strumentenrechts	683
3. Systematisierungsgrad geltungsbereichsrechtlicher Anknüp- fungsmomente	683
E. Konzernkonstellationen	684
I. Englischs Recht	684
II. Deutsches Recht	687
F. Fallbeispiele	688

§ 14 Individualrechtliche Perspektive rechtsunterworfenen Unternehmen	695
A. Jurisdiktions- und Zuständigkeitskonflikte	695
I. Grundlagen	695
II. Erscheinungsformen von Jurisdiktionskonflikten und deren Konsequenzen	697
1. Abstrakte Konfliktlagen	697
2. Konkrete Konfliktlagen	699
B. Völkerrechtliche Rahmenvorgaben	700
I. England und Wales	703
1. Verhältnis von Völkerrecht und englischem Recht	703
a) Völkergewohnheitsrecht	703
b) Völkervertragsrecht	704
2. Presumption	704
3. Unmittelbare Auswirkungen auf die Reichweite englischer Strafgesetze?	705
II. Deutschland	707
1. Verhältnis von Völkerrecht und deutschem Recht	707
a) Allgemeine Regeln des Völkerrechts	707
b) Völkervertragsrecht	708
2. Völkerrechtskonforme Auslegung	708
III. Völkergewohnheitsrechtliche Vorgaben für die Ausübung von Rechtsetzungsgewalt	709
IV. Völkervertragsrechtliche Vorgaben für die Ausübung von Recht- setzungsgewalt	712
V. Fazit	713
C. Ne bis in idem: Verbot der Doppelbestrafung bzw. -verfolgung	715
I. England und Wales	715
1. Europäisches Recht	716
2. Völkervertragsrecht	718
3. Nationales Recht	718
II. Deutschland	721
1. Europäisches Recht	721
2. Völkerrecht	722
3. Nationales Recht	723
a) Verfassungsrecht	723
b) Einfaches Recht	724
c) Insbesondere: Vermögensabschöpfungsmaßnahmen	725
d) Insbesondere: Konzernkonstellationen	727
III. Fazit	729
D. Rechtsdurchsetzung und -wirkung in transnationalen Sachverhalts- konstellationen	729
I. Ausgangspunkte	730
II. Vollstreckungshilfe	732

1. Vertragliche Rechtshilfe	733
2. Vertragslose Rechtshilfe	734
III. Exkurs: Vergaberechtliche Rechtsfolgen	734
1. Unionsrechtliche Vorgaben	735
2. Englischs Vergaberecht	736
3. Deutsches Vergaberecht	738
a) Zwingender Ausschluss im Kartellvergaberecht, § 123 GWB	738
aa) Ausschluss gem. § 123 Abs. 1 GWB bei Unterneh- mensgeldbuße nach § 30 OWiG	738
bb) Ausländische Verurteilungen und Geldbußen, § 123 Abs. 2 GWB	739
cc) Zurechnungstatbestand, § 123 Abs. 3 GWB	741
dd) Rechtsfolgen eines Ausschlusses	742
b) Fakultativer Ausschluss im Kartellvergaberecht	742
aa) Verhältnis zu § 123 GWB: Wesentliche Gemeinsam- keiten und Unterschiede	742
bb) Ausschlussgrund der nachweislich schweren Verfeh- lung, § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB	743
c) Information über Korruptionstaten	744
IV. Fazit	745
§ 15 Schlussbemerkungen	745
Ausländische Gesetzestexte	748
Bribery Act 2010	748
Interpretation Act 1978 [<i>Auszug</i>]	757
Proceeds of Crime Act 2002 [<i>Auszug</i>]	758
Literaturverzeichnis	770
Verzeichnis der Onlineressourcen	818
Stichwortverzeichnis	821

Abkürzungsverzeichnis

2. StrRG	Zweites Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 4. Juli 1969, BGBl. 1969 I, S. 717
2. WiKG	Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität vom 15. Mai 1986, BGBl. 1986 I, S. 721
31. StrÄndG/2. UKG	Einunddreißigstes Strafrechtsänderungsgesetz – Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität vom 27. Juni 1994, BGBl. 1994 I, S. 1440
a.A.	andere(n/r) Auffassung
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (bis 31.1.2003). Zit. als: Reihe und Nummer, Datum, Anfangsseite.
Abl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union (ab 1.2.2003). Zit. als: Reihe und Nummer, Datum, Anfangsseite
Abs.	Absatz/Absätze
AC	Law Reports, Appeal Cases (Third Series). Zit. als: <i>Name der Entscheidung</i> [Jahr] ggfls. Heftnummer <i>AC</i> Anfangsseite, ggfls. Belegseite/n (ggfls. Gericht)
A.C.D.	Administrative Court Digest. Zit. als: <i>Name der Entscheidung</i> [Jahr] <i>A.C.D.</i> Anfangsseite, ggfls. Belegseite/n (ggfls. Gericht)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis. Zit. als: Bandnummer (Jahr), Anfangsseite (Belegseite)
Admin	High Court of Justice, Administrative Court
a. E.	am Ende
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (konsolidierte Fassung, Abl. EU C 326 vom 26.10.2012, S. 47)
a. F.	alte Fassung
A-G	Attorney-General
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AL	Ad Legendum
All E.R.	All England Law Reports. Zit. als: <i>Name der Entscheidung</i> [Jahr] Heftnummer <i>All E.R.</i> Anfangsseite, ggfls. Belegseite/n (ggfls. Gericht)

allg.	allgemein(er)
Alt.	Alternative(n)
Am. J. Comp. L.	American Journal of Comparative Law. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>Am. J. Comp. L.</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
Anh. (z.)	Anhang (zu)
Anm. (d. Verf.)	Anmerkung (des Verfassers)
AnwK StGB	AnwaltKommentar StGB
AO	Abgabenordnung
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation
App.Cas.	Law Reports, Appeal Cases (Second Series). Zit. als: <i>Name der Entscheidung</i> (Jahr) Jahrgang <i>App.Cas.</i> Anfangsseite, ggfls. Belegseite/n (ggfls. Gericht)
Arch. Rev.	Archbold Review. Zit. als: [Jahr] Heftnummer <i>Arch. Rev.</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
ARIS	Asset Recovery Incentivisation Scheme
Art./art.	Artikel/article
Artt.	Artikel(n)
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
AStA Wirtsch. Sozialstat. Arch.	AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv
AT	Allgemeiner Teil
ATCSA 2001	Anti-terrorism, Crime and Security Act 2001 (c. 24)
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsge- setz)
Aufl.	Auflage
Ausg.	Ausgabe
ausl.	ausländisch(e/en)
AVR	Archiv des Völkerrechts
BA 2010	Bribery Act 2010 (c. 23)
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Betriebs-Berater
B.C.C.	British Company Cases. Zit. als: Name der Entscheidung [Jahr] <i>B.C.C.</i> Anfangsseite, Belegseite/n (ggfls. Gericht)
BCLC	Butterworths Company Law Cases. Zit. als: [Jahr] Heftnum- mer <i>BCLC</i> Anfangsseite, Belegseite/n (ggfls. Gericht)
Bd.	Band
bearb.	bearbeitet
BeckOGK	beck-online.Großkommentar

BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Elektronische Entscheidungsdatenbank in beck-online. Zit. als: Jahr, Nummer
Beck VergabeR	Beck'scher Vergaberechtskommentar
begr.	begründet
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt. Zit. als: Jahr Bandangabe, Anfangsseite (Belegseite/n)
BGH	Bundesgerichtshof
BGH GrS	Großer Senat für Strafsachen beim Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen. Zit. als: Band, Anfangsseite (Belegseite/n)
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen. Zit. als: Band, Anfangsseite (Belegseite/n)
BHO	Bundshaushaltsordnung
BKartA	Bundeskartellamt
BMG	Bundsmeldegesetz
BR	Bundesrat
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drs.	Drucksache des Bundesrates
BReg	Bundesregierung
Brook. J. Int'l L.	Brooklyn Journal of International Law. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>Brook. J. Int'l L.</i> , Anfangsseite (Belegseite/n).
BS	British Standard
BSA 1986	Building Societies Act 1986 (c. 53)
BSK	Basler Kommentar zum Strafrecht
Bsp.	Beispiel(e/en)
bspw.	beispielsweise
BStBl.	Bundessteuerblatt. Zit. als: Jahr Bandangabe, Anfangsseite (ggfls. Belegseite/n)
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BtMG	Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln
Bus. L.R.	Business Law Review. Zit. als: [Jahr] <i>Bus. L.R.</i> Anfangsseite (Belegseite/n)
B.V.	Besloten Vennootschap met beperkte aansprakelijkheid (Kapitalgesellschaft niederländischen Rechts)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Zit. als: Band, Anfangsseite (Belegseite/n)

BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Zit. als: Band, Anfangsseite (Belegseite/n)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts. Zit. als: Band, Anfangsseite (Belegseite/n)
B.Y.I.L.	British Yearbook of International Law. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>B.Y.I.L.</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
bzw.	beziehungsweise
c.	chapter
CA	Court of Appeal
CA 2006	Companies Act 2006 (c. 46)
CaJA 2009	Coroners and Justice Act 2009 (c. 25)
CB	Compliance-Berater
CC	Crown Court
CCA	Court of Criminal Appeal (1907–1966)
CCC	Central Criminal Court of England and Wales
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CEO	Chief Executive Officer
CFA 2017	Criminal Finances Act 2017 (c. 22)
Ch	High Court of Justice, Chancery Division
chStGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch
CJ	Lord Chief Justice of England and Wales
CJA 1982	Criminal Justice Act 1982 (c. 48)
CJA 1993	Criminal Justice Act 1993 (c. 36)
CJA 2003	Criminal Justice Act 2003 (c. 44)
Cm	Command Paper (ab 1986). Zit. als: <i>Cm</i> fortlaufende Nummer, Jahr
CMCHA 2007	Corporate Manslaughter and Corporate Homicide Act 2007 (c. 19)
C.M.L.R.	Common Market Law Reports. Zit. als: Name der Entscheidung [Jahr] Band <i>C.M.L.R.</i> Anfangsseite, ggfls. Belegseite/n (ggfls. Gericht)
C.O.B.	Compliance Officer Bulletin. Zit. als: [Jahr] <i>C.O.B.</i> Anfangsseite (Belegseite)
C.O.D.	Crown Office Digest. Zit. als: Name der Entscheidung [Jahr] <i>C.O.D.</i> Anfangsseite, Belegseite/n (ggfls. Gericht)
col(s)	column(s)
Colum. J. Transnat'l L.	Columbia Journal of Transnational Law. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>Colum. J. Transnat'l L.</i> , Anfangsseite (ggfls. Belegseite/n)

COMI	Centre of Main Interests (i.S.v. Art. 3 Abs. 1 S. 1 EuIns-VO 2000/2015)
Comp. Law.	Company Lawyer. Zit. als: Jahr (Heftnummer) <i>Comp. Law.</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
CPS	Crown Prosecution Service
Cr.App.R.	Criminal Appeal Reports. Zit. als: Name der Entscheidung (Jahr) Jahrgang <i>Cr.App.R.</i> Anfangsseite, ggfls. Belegseite/n (ggfls. Gericht); oder: Name der Entscheidung [Jahr] Heftnummer <i>Cr.App.R.</i> Anfangsseite, Belegseite/n (ggfls. Gericht)
Cr.App.R.(S.)	Criminal Appeal Reports (Sentencing). Zit. als: Name der Entscheidung (Jahr) Jahrgang <i>Cr.App.R.(S.)</i> Anfangsseite, ggfls. Belegseite/n (ggfls. Gericht); oder: Name der Entscheidung [Jahr] Heftnummer <i>Cr.App.R.(S.)</i> Anfangsseite, Belegseite/n (ggfls. Gericht)
Crim. L.R.	Criminal Law Review. Zit. als: [Jahr] <i>Crim. L.R.</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
CTA 2010	Corporation Tax Act 2010 (c. 4)
Ct Ex	Court of Exchequer
D	Deutschland
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
ders.	derselbe
Die AG	Die Aktiengesellschaft
dies.	dieselbe(n)
DPA	Deferred Prosecution Agreement
DPP	Director of Public Prosecutions
DStR	Deutsches Steuerrecht
dt.	deutsch(e/en/er)/deutschsprachige(n)
E 1962	Entwurf eines Strafgesetzbuches vom 4. Oktober 1962, BT-Drs. IV/650 vom 4. Oktober 1962
EBOR	European Business Organization Law Review. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>EBOR</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
ECA 1972	European Communities Act 1972 (c. 68)
ECFR	European Company and Financial Law Review. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>ECFR</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
Ed.	Edition
EEA	Einheitliche Europäische Akte (in Kraft getreten am 1.7.1987, bekanntgemacht im Abl. EG L 169 vom 28.6.1987, S. 1)
eG	eingetragene Genossenschaft
EG	Europäische Gemeinschaften

EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMR-E	EGMR, deutschsprachige Entscheidungssammlung, hrsg. v. <i>Engel, Erika/Engel, Norbert Paul</i> . Zit. als: Band, Anfangsseite (Belegseite/n)
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
EGStPO	Einführungsgesetz zur Strafprozessordnung
Einf. v.	Einführung von
Einl.	Einleitung
EL	Ergänzungslieferung
E.M.L.R.	Entertainment and Media Law Reports. Zit. als: <i>Name der Entscheidung</i> [Jahr] <i>E.M.L.R.</i> Anfangsseite, Belegseite/n (ggfls. Gericht)
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
Entsch. v.	Entscheidung vom
E.R.	English Reports. Zit. als: <i>Name der Entscheidung</i> [Jahr] Band <i>E.R.</i> Anfangsseite, Belegseite/n (ggfls. Gericht)
ERA Forum	Journal of the Academy of European Law
EStG	Einkommensteuergesetz
et al.	et alii/aliae
etc.	et cetera
et seq.	et sequens
et seqq.	et sequentia
EU	Europäische Union
EUBestG	„Gesetz zu dem Protokoll vom 27. September 1996 zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften“ vom 10. September 1998, BGBl. 1998 II, S. 2340
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuInsVO 2000	Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren, Abl. EG L 160 vom 30.6.2000, S. 1
EuInsVO 2015	Verordnung (EU) Nr. 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren, Abl. EU L 141 vom 5.6.2015, S. 19
EuR	Europarecht
EUR	Euro
Eur. J. Crim. Policy Res.	European Journal on Criminal Policy and Research. Zit. als: [Jahr] <i>Eur. J. Crim. Policy Res.</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)

EUV	Vertrag über die Europäische Union (konsolidierte Fassung, Abl. EU C 326 vom 26.10.2012, S. 13)
EU(W)A 2018	European Union (Withdrawal) Act 2018 (c. 16)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e. V.	eingetragener Verein
Ev	Evidence
EWCA Civ	Entscheidung des Court of Appeal, Civil Division. Zit. als: <i>Name der Entscheidung</i> [Jahr der Entscheidung] <i>EWCA Civ</i> Fortlaufende Nummer der Entscheidung ggfls. [Randnummer]
EWCA Crim	Entscheidung des Court of Appeal, Criminal Division. Zit. als: <i>Name der Entscheidung</i> [Jahr der Entscheidung] <i>EWCA Crim</i> Fortlaufende Nummer der Entscheidung ggfls. [Randnummer]
EWHC	Entscheidung des High Court of Justice, Chancery Division. Zit. als: <i>Name der Entscheidung</i> [Jahr der Entscheidung] <i>EWHC</i> Fortlaufende Nummer der Entscheidung (<i>Ch</i>) ggfls. [Randnummer]
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWIV	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung
f.	(und) folgende
Fam	High Court of Justice, Family Division
FATS	Foreign Affiliates Statistics
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FCPA	Foreign Corrupt Practices Act of 1977 (15 U.S.C. § 78dd-1, et seq.)
FD-StrafR	Fachdienst Strafrecht. Zit. als: Jahr, laufende Nummer
ff.	(und) folgende
FG	Festgabe
Fn.	Fußnote
fortgef.	fortgeführt
FS	Festschrift
FSMA 2000	Financial Services and Markets Act 2000 (c. 8)
FuS	Zeitschrift für Familienunternehmen und Strategie
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GBP	Pfund Sterling
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GC	Grand Committee
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz

ggfls.	gegebenenfalls
GLJ	German Law Journal. Zit. als: (Jahr) Band <i>GLJ</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union (konsolidierte Fassung, Abl. EU C 326 vom 26.10.2012, S. 391)
GRECO	Council of Europe's Group of States against Corruption
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht. Handels- und Gesellschaftsrecht, Kapitalmarktrecht, Finanzierung
h. A.	herrschende(n/r) Ansicht
Halbbd.	Halbband
HansOLG	Hanseatisches Oberlandesgericht
Harv. Int'l L.J.	Harvard International Law Journal. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>Harv. Int'l L.J.</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
HC	House of Commons Paper. Zit. als: (Sitzungsperiode, <i>HC</i> Nummer), Belegseite(n)
HC Deb	The Official Report (Hansard), House of Commons (6 th Series), Parliamentary Debates. Zit. als: <i>HC Deb</i> Datum, Band, Spalte(n)
HC WS	The Official Report (Hansard), House of Commons (6 th Series), Written Statements. Zit. als: <i>HC WS</i> Datum, Band, Spalte(n)
Hdb.	Handbuch
HdLexEU	<i>Bergmann</i> , Jan (Hrsg.), Handlexikon der Europäischen Union
Hervorh. d. Verf.	Hervorhebung(en) des Verfassers
Hervorh. i. Orig.	Hervorhebung im Original
HGB	Handelsgesetzbuch
HK	Handkommentar
HK GS	<i>Dölling</i> , Dieter/ <i>Duttge</i> , Gunnar/ <i>König</i> , Stefan/ <i>Rössner</i> , Dieter (Hrsg.), Handkommentar Gesamtes Strafrecht
h. L.	herrschende(n/r) Lehre
HL	House of Lords Paper. Zit. als: (Sitzungsperiode, <i>HL</i> Nummer), Belegseite(n)
HL Bill	House of Lords Bill. Zit. als: Titel <i>HL Bill</i> (Sitzungsperiode) [Nummer]

HL Deb	The Official Report (Hansard), House of Lords, Parliamentary Debates. Zit. als: HL Deb Datum, Band, Spalte(n)
h. M.	herrschende(n/r) Meinung
HRA 1998	Human Rights Act 1998 (c. 42)
HRLR	Human Rights Law Review. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>HRLR</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung zum Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
IA 1889	Interpretation Act 1889 (c. 63)
IA 1978	Interpretation Act 1978 (c. 30)
I.B.L.J.	International Business Law Journal. Zit. als: (Jahr) Heft <i>I.B.L.J.</i> , Anfangsseite (Belegseite)
ICJ	International Court of Justice
ICJ Rep.	ICJ Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders. Zit. als: <i>Name des Falls</i> (Streitparteien), Art der Entscheidung, <i>ICJ Rep.</i> Jahr, Anfangsseite (Belegseite/n)
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>ICLQ</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
ICR	Industrial Cases Reports. Zit. als: <i>Name der Entscheidung</i> [Jahr] <i>ICR</i> Anfangsseite, Belegseite/n (Gericht)
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. d. S.	in diesem/dem Sinne
i. Erg.	im Ergebnis
i. e. S.	im engeren Sinne
IFRS	International Financial Reporting Standards
IGH	Internationaler Gerichtshof
Illinois L. Rev.	Illinois Law Review. Zit. als: Jahrgang <i>Illinois L. Rev.</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
Ind. Int'l & Comp. L. Rev.	Indiana International & Comparative Law Review. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>Ind. Int'l & Comp. L. Rev.</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
IntBestG	„Gesetz zu dem Übereinkommen vom 17. Dezember 1997 über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr“ (Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung) vom 10. September

	1998, BGBl. 1998 II, S. 2327, in Kraft getreten am 22. September 1998
IntBestÜbk	Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr vom 17. Dezember 1997, BGBl. 1998 II, S. 2329 (Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transactions – OECD Anti-Bribery Convention)
IPbpr	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966, BGBl. 1973 II, S. 1533
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
i. S. d.	im Sinne der/des
i. S. e.	im Sinne einer/eines
ISO	International Organization for Standardization
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
IStGHGG	Gesetz über das Ruhen der Verfolgungsverjährung und die Gleichstellung der Richter und Bediensteten des Internationalen Strafgerichtshofes vom 21. Juni 2002, BGBl. 2002 I, S. 2162
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
IWB	NWB Internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
i. w. S.	im weiteren Sinne
J	Judge
JA	Juristische Arbeitsblätter
J. Corp. Finan.	Journal of Corporate Finance. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>J. Corp. Finan.</i> , Anfangsseite (ggfls. Belegseite/n)
JCPC	Judicial Committee of the Privy Council
J. Crim. L.	The Journal of Criminal Law. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>J. Crim. L.</i> , Anfangsseite (ggfls. Belegseite/n)
J. Crim. L. & Criminology	Journal of Criminal Law and Criminology. Zit. als: Jahrgang <i>J. Crim. L. & Criminology</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
Jh.	Jahrhundert
jM	juris – Die Monatszeitschrift
JR	Juristische Rundschau
JSC	Justice of the Supreme Court of the United Kingdom
Jur. Rev.	Juridical Review. Zit. als: (Jahr) <i>Jur. Rev.</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)

Jura	Juristische Ausbildung
jurisPK	juris Praxiskommentar
jurisPR-StrafR	juris PraxisReport Strafrecht. Zit. als: Ausgabe, Nr. der Anmerkung
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
Kap.	Kapitel
K.B.	Law Reports, King's Bench. Zit. als: Name der Entscheidung [Jahr] Heftnummer <i>K.B.</i> Anfangsseite, ggfls. Belegseite/n (ggfls. Gericht)
KB	High Court of Justice, King's Bench Division
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KG Berlin	Kammergericht Berlin
KK OWiG	Karlsruher Kommentar zum Ordnungswidrigkeitengesetz
KonzRL	Konzessionsrichtlinie
KorrBekG	Gesetz zur Bekämpfung der Korruption vom 20. November 2015, BGBl. 2015 I, S. 2025
KorrStRÜ	Strafrechtsübereinkommen des Europarats über Korruption vom 27. Januar 1999
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
Law Com.	Law Commission Report
Law Com. CP	Law Commission Consultation Paper
Law Q. Rev.	Law Quarterly Review. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>Law Q. Rev.</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
LC	Lord Chancellor
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht
LHO	Landeshaushaltsordnung
lit.	littera (Buchstabe)
LJ	Lord Justice of Appeal
LK StGB	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch
Lloyd's Rep FC	Lloyd's Law Reports Financial Crime. Zit. als: [Jahr] <i>Lloyd's Rep FC</i> Anfangsseite, Belegseite/n (ggfls. Gericht)
LLP	Limited Liability Partnership
LLPA 2000	Limited Liability Partnerships Act 2000 (c. 12)

LMK	Lindenmaier-Möhring. Kommentierte BGH-Rechtsprechung. Zit. als: Jahr, Fundstelle
Losebl.	Loseblattwerk
LPA 1907	Limited Partnerships Act 1907 (c. 24)
L.R.Ch.	Law Reports, Chancery Division. Zit. als: [Jahr] Band L.R.Ch. Anfangsseite, Belegseite (ggfls. Gericht)
L/R StPO	<i>Löwe/Rosenberg</i> , Großkommentar zu StPO und GVG
LS	Legal Studies. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>LS</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
LSE	London Stock Exchange
Ltd.	Private Company Limited by Shares (Limited)
M & W	Meeson & Welsby's Exchequer Reports. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>M & W</i> Anfangsseite, Belegseite/n (ggfls. Gericht)
m. Anm.	mit Anmerkung
MAH	Münchener Anwaltshandbuch
mbB	mit beschränkter Berufshaftung
mbH	mit beschränkter Haftung
MCA 1980	Magistrates' Courts Act 1980 (c. 43)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MERCOSUR	Mercado Común del Sur
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>Mich. L. Rev.</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
Mio.	Million(en)
MiStra	Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen
Mithrsg.	Mitherausgeber
MoJ	Ministry of Justice
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MP	Mitglied des Parlaments des Vereinigten Königreichs
MR	Master of the Rolls of England and Wales
Mrd.	Milliarde(n)
MüKo AktG	Münchener Kommentar zum Aktiengesetz
MüKo BGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKo GmbHG	Münchener Kommentar zum GmbHG
MüKo InsO	Münchener Kommentar zur Insolvenzordnung
MüKo StGB	Münchener Kommentar zum StGB
MüKo StPO	Münchener Kommentar zur StPO
MüKo ZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz und Nebengesetzen

Münch. Hdb. GesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
m. W. v.	mit Wirkung vom
Nachw. b.	Nachweise bei
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NATO	North Atlantic Treaty Organization
neubearb.	neubearbeitet
n. F.	neue Fassung
NHS	National Health Service
NJECL	New Journal of European Criminal Law. Zit. als: [Jahr] <i>NJECL</i> , Anfangsseite (ggfls. Belegseite/n)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK StGB	<i>Kindhäuser/Neumann/Paeffgen/Saliger</i> (Hrsg.), Strafgesetzbuch
No.	Number
Nr.	Nummer
Nrn.	Nummern
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	NStZ Rechtsprechungs-Report
N.V.	Naamloze Vennootschap (Aktiengesellschaft niederländischen Rechts)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
N.Y.U. J. L. & Bus.	NYU Journal of Law & Business. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>N.Y.U. J. L. & Bus.</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
o.	oben
o. ä./o. Ä.	oder ähnlich/oder Ähnliche(m/n/s)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
o. g.	oben genannte(n)
OHG	Offene Handelsgesellschaft
Ohio St. L.J.	Ohio State Law Journal. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>Ohio St LJ</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
O.J.L.S.	Oxford Journal of Legal Studies. Zit. als: <i>Verfasser</i> , (Jahr) Jahrgang <i>O.J.L.S.</i> Anfangsseite (Belegseite/n)

ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
P. & C.R.	Planning and Compensation Reports. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>P. & C.R.</i> Anfangsseite, Belegseite/n (ggfls. Gericht)
PA 1890	Partnership Act 1890 (c. 39)
para(s)	paragraph(s)
PartG	Partnerschaftsgesellschaft
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
PassG	Passgesetz
PBCPA 1889	Public Bodies Corrupt Practices Act 1889 (c. 69)
PCC(S)A 2000	Powers of Criminal Courts (Sentencing) Act 2000 (c. 6)
PCIJ Series A	Urteilssammlung des StIGH. Zit. als: Nummer, Bezeichnung, Datum der Entscheidung
PCR 2015	The Public Contracts Regulations 2015 (SI 2015/102)
PharmR	Pharma Recht
PJZS	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik, hrsg. v. Bundeskriminalamt
p.l.c.	Public Limited Company
plc/PLC	Public Limited Company
PNF	Parquet national financier (französische nationale Finanz- staatsanwaltschaft)
PoCA 1906	Prevention of Corruption Act 1906 (c. 34)
PoCA 1916	Prevention of Corruption Act 1916 (c. 64)
PoCA 2002	Proceeds of Crime Act 2002 (c. 29)
Prot.	Protokoll
PSC	President of the Supreme Court
Q	Question
Q.B.	Law Reports, Queen's Bench (3 rd Series). Zit. als: <i>Name der Entscheidung</i> [Jahr] Band <i>Q.B.</i> Anfangsseite, ggfls. Beleg- seite/n (ggfls. Gericht)
QB	High Court of Justice, Queen's Bench Division
R	Rex/Regina
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Pri- vatrecht. The Rabel Journal of Comparative and International Private Law. Zit. als: <i>RabelsZ</i> Band (Jahr), Anfangsseite (Belegseite/n)
RegE	Gesetzentwurf der Bundesregierung
RG	Reichsgericht

RGSt	Amtliche Sammlung der Rechtsprechung des Reichsgerichts in Strafsachen. Zit. als: Band, Anfangsseite (Belegseite/n)
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer(n)
Rom-II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II“), Abl. EG L 199 vom 31.07.2007, S. 40
Rs.	Rechtssache
r. Sp.	rechte Spalte
Rspr.	Rechtsprechung
RTR	Road Traffic Reports. Zit. als: <i>Name der Entscheidung</i> [Jahr] <i>RTR</i> Anfangsseite, Belegseite/n (ggfls. Gericht)
S.	Satz/Seite(n)
S.C.	Session Cases. Zit. als: <i>Name der Entscheidung</i> [Jahr] <i>S.C.</i> Anfangsseite, Belegseite/n (ggfls. Gericht)
SC	Supreme Court des Vereinigten Königreichs
SCA 1981	Senior Courts Act 1981 (c. 54)
SCA 2007	Serious Crime Act 2007 (c. 27)
SCE	Europäische Genossenschaft (<i>Societas Cooperativa Europaea</i>)
sch.	schedule
SchlHOLG	Schleswig-Holsteinisches Oberlandesgericht
Scot. Law Com.	Scottish Law Commission Report
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen (Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen)
SE	Europäische Aktiengesellschaft (<i>Societas Europaea</i>)
SEAG	SE-Ausführungsgesetz
sec.	section
SektRL	Sektorenrichtlinie
SE-VO	Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE), Abl. EG L 294 vom 10.11.2001, S. 1
SFO	Serious Fraud Office
SK StGB	Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch
SI	Statutory Instrument

Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz, hrsg. vom EuGH
SOCPA 2005	Serious Organised Crime and Police Act 2005 (c. 15)
sog.	sogenannte(r/n)
Sp.	(Text-)Spalte
S.r.l.	Società a responsabilità limitata (Kapitalgesellschaft mit beschränkter Haftung italienischen Rechts)
ss.	sections (Plural)
SSW StGB	<i>Satzger/Schluckebier/Widmaier</i> , Strafgesetzbuch Kommentar
SSW StPO	<i>Satzger/Schluckebier/Widmaier</i> , Strafprozessordnung mit GVG und EMRK. Kommentar
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof (1922–1946)
StPO	Strafprozessordnung
StraFo	Strafverteidiger Forum
StrÄndG	Strafrechtsänderungsgesetz
StrRG	Strafrechtsreformgesetz
st. Rspr.	ständige(n/r) Rechtsprechung
StV	Strafverteidiger
subsec.	subsection
subss.	subsections
SVR	Straßenverkehrsrecht
sys. Darst.	systematische Darstellungen
Tbd.	Teilband
TCA	Trade and Cooperation Agreement (Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits, Abl. EU L 149 vom 30.04.2021, S. 10)
Tex. Int'l L.J.	Texas International Law Journal. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>Tex. Int'l L.J.</i> , Anfangsseite, Belegseite/n
TI UK	Transparency International, UK chapter
u. a.	und andere(n)
Uabs.	Unterabsatz
UCLA L. Rev.	UCLA Law Review. Zit. als: (Jahr) Jahrgang <i>UCLA L. Rev.</i> , Anfangsseite (Belegseite/n)
UG	Unternehmergesellschaft (i. S. d. § 5a GmbHG)
UK	United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

UKHL	United Kingdom House of Lords (Zitierweise von Urteilen: [Jahr] UKHL Nummer der Entscheidung)
UmwG	Umwandlungsgesetz
UN	United Nations
UNCAC	United Nations Convention against Corruption (Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption vom 31. Oktober 2003)
UNCh	Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945, BGBl. 1973 II, S. 431
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime
unv.	unverändert
Urt.	Urteil
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
U.S.C.	United States Code
USD	US-Dollar
v	versus
v.	vom/von
v. a.	vor allem
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Var.	Variante(n)
v. d.	von der
VergRL	Vergaberichtlinie
VergRModG	Vergaberechtsmodernisierungsgesetz
vgl.	vergleiche
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung)
vol(.)	volume
Vorb.	Vorbemerkung(en)
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VvL	Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WiJ	Journal der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung e.V.
WiKG	Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WiStrR	Wirtschaftsstrafrecht
WiStStrR	Wirtschafts- und Steuerstrafrecht

WKÜ	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24. April 1963, für die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert durch Gesetz v. 26. August 1969 (BGBl. 1969 II, S. 1585) und in Kraft getreten gem. Bekanntmachung v. 30. November 1971 (BGBl. 1971 II, S. 1285)
W.L.R.	Weekly Law Reports. Zit. als: <i>Name der Entscheidung</i> [Jahr] Heftnummer <i>W.L.R.</i> Anfangsseite, Belegseite/n (ggfls. Gericht)
WM	Wertpapier-Mitteilungen. Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WRegG	Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb eines Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (Wettbewerbsregistergesetz)
WSI-Mitteilungen	Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung
WTO	World Trade Organization
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (Wiener Vertragsrechtskonvention) vom 23. Mai 1969, BGBl. 1985 II, S. 926
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht. Zit. als: Band [Jahr], Anfangsseite (Belegseite/n)
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfSch	Zeitschrift für Schadensrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht. Zit. als: <i>ZHR</i> Band (Jahr), Anfangsseite (Belegseite/n)
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenz- und Sanierungsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium. Zit. als: Jahr, Anfangsseite (Belegseite/n)
ZP	Zusatzprotokoll
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRFC	Risk, Fraud & Compliance. Prävention und Aufdeckung durch Compliance-Organisationen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft. Zit. als: <i>ZStW</i> Band (Jahr), Anfangsseite (Belegseite/n)
z. T.	zum Teil
ZWH	Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen

§ 1 Einleitung

Durch den am 1. Juli 2011¹ in Kraft getretenen *Bribery Act 2010*² wurde das Korruptionsstrafrecht des Vereinigten Königreichs umfassend neu geregelt. Mit dieser Gesetzesreform strebte die damalige britische³ Regierung unter Premierminister *Gordon Brown* im Rahmen ihrer Strategie zur Bekämpfung grenzüberschreitender Korruption⁴ nicht nur eine grundlegende Modernisierung und Vereinfachung der Rechtslage,⁵ sondern vor allem den Spitzenplatz unter den global strengsten strafrechtlichen Antikorruptionsregimes an.⁶

¹ An diesem Tag in Kraft gesetzt durch: *The Bribery Act 2010 (Commencement) Order 2011*, SI 2011/1418.

² *Bribery Act 2010 (c. 23)*. Im Folgenden auch alternativ zitiert als *BA 2010*. Langtitel: „*An Act to make provision about offences relating to bribery; and for connected purposes*“.

³ Die Bezeichnung „Großbritannien“ wird in dieser Arbeit in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Sprachgebrauch vereinfachend als Synonym für den offiziellen Staatsnamen „Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland“ verwendet. Entsprechendes gilt für das abgeleitete Adjektiv „britisch“.

⁴ *Ministry of Justice*, UK Foreign Bribery Strategy, Cm 7791, 2010. Näher erläutert durch den damaligen Justizminister *Jack Straw* im Rahmen eines Vortrages im *Chatham House* am 19. Januar 2010, Onlineressource.

⁵ Vgl. hierzu etwa den Redebeitrag des parlamentarischen Staatssekretärs im Justizministerium *Lord Bach* in der zweiten Lesung des *Bribery Bill* im *House of Lords*, HL Deb 3. März 2010, vol 715, cols 1085–1086.

⁶ Vgl. zu dieser Zielsetzung etwa den Redebeitrag der parlamentarischen Staatssekretärin im Justizministerium *Claire Ward* in der dritten Lesung des *Bribery Bill* im *House of Commons*, HC Deb 7. April 2010, vol 508, cols 1009–1010: „*With the Bill on the statute book, we can be proud that United Kingdom law in this area will provide a benchmark for other countries, and with it this country will set the gold standard (...) for our international comparators. The Bill will help to promote high ethical standards in business and public life, in this country and abroad, and will send a clear message that bribery in all its manifestations will not, and should not, be tolerated.*“ Dieses Ziel bekräftigend auch der Justizminister der folgenden Regierung, *Kenneth Clarke (Conservative Party)*, in seinem Geleitwort zu dem das Gesetz erläuternden amtlichen Leitfaden: „*In updating our rules, I say to our international partners that the UK wants to play a leading role in stamping out corruption [...]*“, vgl. *Ministry of Justice* (Hrsg.), *BA 2010 Guidance*, S. 2 f. Entsprechende Einschätzungen finden sich aus deutscher Perspektive etwa bei: *Acker/Ehling*, BB 2012, 2517 (2518); *Deister/Geier/Rew*, CCZ 2011, 81 (82); *Hugger/Röhrich*, BB 2010, 2643 (2643); *Passarge*, DStR 2016, 482 (483); *Pörnbacher/Mark*, NZG 2010, 1372 (1372); *Weiß*, HRRS 2014, 293 (293 und 297). Vgl. auch *Grützner/Behr*, in:

Diese ambitionierte Zielsetzung sowie der das Gesetzgebungsverfahren begleitende Aplomb der politischen Willensbekundungen haben sicherlich großen Anteil daran, dass dem neuen Gesetz in der Fachliteratur auch außerhalb Großbritanniens von Anfang an große Aufmerksamkeit zuteilwurde. Dabei geriet insbesondere der unternehmensstrafrechtliche Tatbestand gemäß *sec. 7 BA 2010* schnell in den Fokus deutscher wie internationaler Autoren: Neben seiner tatbestandlichen Weite im Allgemeinen werden vor allem dessen kaum limitierter extraterritorialer Geltungsbereich sowie daraus resultierende Strafbarkeitsrisiken für ausländische Unternehmen, auch in Konstellationen ohne unmittelbaren Bezug zum Vereinigten Königreich, hervorgehoben.⁷ Infolgedessen entfaltet das neue britische Korruptionsstrafrecht auf der Grundlage seines globalen Geltungsanspruchs Einfluss sogar auf die deutsche Rechtsberatungspraxis: Vor allem weil *sec. 7 (2) BA 2010* eine besondere Verteidigungseinrede zur Verfügung stellt, deren Eingreifen voraussetzt, dass ein beschuldigtes Unternehmen angemessene Präventivmaßnahmen ergriffen hatte, um korruptive Verhaltensweisen sämtlicher mit ihm assoziierter Personen zu unterbinden, muss der *Bribery Act 2010* auch hierzulande als zwischenzeitlich etablierter Bestandteil strafrechtlicher Compliance-Beratung im Unternehmenskontext angesehen werden.⁸

Darüber hinaus wurde das neue britische Korruptionsstrafrecht bei der transnationalen Sanktionierung von Unternehmen mittlerweile in einer ganzen Reihe von Fällen auch konkret zum Einsatz gebracht. Besonders hervorzuheben ist diesbezüglich das Verfahren gegen die *Airbus SE*, Europas größten Luft- und Raumfahrtkonzern mit Satzungssitz in den Niederlanden sowie Hauptverwaltungssitz in Frankreich.⁹ Gegenstand des Verfahrens waren aus britischer Perspektive Tatvorwürfe des Nichtverhinderns von Beste-

Momsen/Grützner (Hrsg.), Wirtschaftsstrafrecht, § 34 Rn. 1: Wandel Großbritanniens „vom Saulus zum Paulus“.

⁷ Vgl. zu diesen Aspekten aus deutscher Perspektive z.B.: *Deister/Geier*, CCZ 2011, 12 (15 ff.); *Kappel/Lagodny*, StV 2012, 695 (697 ff.); *Hugger/Röhrich*, BB 2010, 2643 (2644 ff.); *Walther/Zimmer*, RIW 2011, 199 (*passim*). Ferner aus US-amerikanischer Perspektive z.B.: *Bean/MacGuidwin*, (2013) 23 Ind. Int'l & Comp. L. Rev., 63 (85 ff.); *Bonneau*, (2010) 49 Colum. J. Transnat'l L., 365 (389 ff.); *Jordan*, (2011) 7 N.Y.U. J. L. & Bus., 845 (865 ff.); *Warin/Falconer/Diamant*, (2010) 46 Tex. Int'l L.J., 1 (28 ff.).

⁸ Vgl. etwa *Beckers*, in: Knierim/Rübenstahl/Tsambikakis (Hrsg.), Internal Investigations, Kap. 10 Rn. 51; *Idler/Weber*, a. a. O., Kap. 20 Rn. 29 ff.; *Große Vorholt*, in: Wecker/Ohl (Hrsg.), Compliance in der Unternehmerpraxis, S. 304 f.; *Moosmayer*, Compliance, § 2 Rn. 31 ff. Ferner: *Klengel/Dymek*, HRRS 2011, 22 (25); *Rotsch*, in: ders. (Hrsg.), Criminal Compliance, § 1 Rn. 30 ff.

⁹ Vgl. näher zu diesem Verfahren: *Director of the Serious Fraud Office v Airbus SE* [2021] Lloyd's Rep FC 159 (CC at Southwark). Vgl. ferner die Pressemitteilung des SFO vom 31. Januar 2020: SFO enters into €991m Deferred Prosecution Agreement with Airbus as part of a €3.6bn global resolution, Onlineressource.

chungsdelikten i. S. v. *sec. 7 BA 2010* in fünf Fällen, wobei sich das relevante korruptive Geschehen zwischen 2011 und 2015 in Sri Lanka, Malaysia, Indonesien, Taiwan und Ghana abgespielt haben soll. Im Rahmen eines *deferred prosecution agreements (DPA)*¹⁰ verpflichtete sich die *Airbus SE* angesichts dieser Anklage schließlich am 31. Januar 2020 gegenüber dem *Serious Fraud Office (SFO)*¹¹ zu einer Zahlung (Geldauflage einschließlich Verfahrenskosten) in Höhe von insgesamt EUR 991 Mio. Aufgrund gemeinsam bzw. parallel geführter Verfahren kam es außerdem zu Vereinbarungen einer *convention judiciaire d'intérêt public*¹² mit der französischen nationalen Finanzstaatsanwaltschaft *PNF* sowie eines *DPA* mit dem *US-Justizministerium*, die zu weiteren Zahlungsverpflichtungen der *Airbus SE* in Höhe von EUR 2.083 Mio. bzw. EUR 526 Mio. führten. Weitere Folge der nach Einschätzung des damaligen deutschen CEO *Thomas Enders* „existenziell“ bedrohlichen Verfahren gegen die *Airbus SE* war die Auswechslung fast der gesamten Führungsspitze des Konzerns, wobei es sich hierbei um eine „Kernforderung“ der britischen Ermittlungsbehörde gehandelt haben soll.¹³ Obgleich der *Airbus*-Konzern auch in Deutschland durch Konzerngesellschaften vertreten ist und dort in 2020 vergleichbar viele Mitarbeiter beschäftigte wie in Frankreich, damit mehr als doppelt so viele wie in Spanien und dem Vereinigten

¹⁰ Bei *deferred prosecution agreements* handelt es sich um eine besondere Form der Verfahrensbeendigung, die nur Unternehmen offensteht und durch den *Crime and Courts Act 2013 (c. 22)* nach US-amerikanischem Vorbild in das britische Strafrecht eingeführt worden ist. Eine solche Vereinbarung bedarf gerichtlicher Genehmigung und führt dazu, dass ein laufendes Verfahren zunächst vorläufig und nach Erfüllung festgesetzter Auflagen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes endgültig eingestellt wird. Neben Geldauflagen sind in Korruptionsfällen typischerweise auch Verpflichtungen zur Ergreifung von Compliance-Maßnahmen sowie deren Überwachung Gegenstand der Verpflichtungen. Vgl. instruktiv zu *deferred prosecution agreements* m. w. N.: *Engelhart*, ZStW 128 (2016), 882 (910 ff.); *Schalber*, Der UK Bribery Act und seine Bedeutung im Rahmen von Criminal Compliance, S. 198 ff.; *Schorn/Sprenger*, CCZ 2014, 211 (*passim*). Vgl. außerdem speziell zur Bedeutung von *DPAs* bei Verfahren wegen Korruptionsdelikten des britischen Rechts: *Petzsche*, wistra 2021, 135 (140 f.).

¹¹ Das *SFO* ist eine auf schwere Wirtschaftsstraftaten einschließlich der Korruptionsdelikte spezialisierte, kombinierte Ermittlungs- und Anklagebehörde mit Hauptsitz in London, deren räumlicher Zuständigkeitsbereich sich auf das gesamte Vereinigte Königreich mit Ausnahme von Schottland erstreckt.

¹² Die *convention judiciaire d'intérêt public* stellt ebenfalls eine besondere Form der Verfahrensbeendigung dar, die gleichermaßen dem Vorbild US-amerikanischer *deferred prosecution agreements* nachgebildet ist und durch das „*Sapin-II-Gesetz*“ vom 9. Dezember 2016 in das französische Strafrecht eingeführt worden ist. Näher dazu m. w. N. *Janet*, in: Busch/Hoven/Pieth/Rübenstahl (Hrsg.), Antikorruptions-Compliance, Kap. 16 Rn. 26 ff. und insb. 155 ff.

¹³ *Thomas Hanke*, Abschluss eines Skandals, Handelsblatt v. 29. Januar 2020, S. 23.